



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 03.02.2011

Niederschrift

über die **14. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 18.01.2011, 16:04 Uhr bis 18:42 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	(bis 18.30 Uhr)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	(bis 18.00 Uhr)
Frau Christraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Sen. Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz	Die Linke.	(ab 16.11 Uhr)
------------------	------------	----------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	auf Vorschlag der SPD
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Werner	auf Vorschlag der CDU
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen

Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP	
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln	
Herr Franz-Albert Krämer	auf Vorschlag die Linke.Köln	(ab 16.32 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock
Herr Dieter Pannecke

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt

Gäste

Herr Rainer Foerges	AWB Köln GmbH
Herr Michael Vater	AWB Köln GmbH
Herr Gunther Höhn	KVB AG

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Planen und Bauen
--------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion
-------------------	------------------------------------

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 14. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.01.2011 betreffend Probleme in der Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung Köln und der Deutschen Bahn
AN/0023/2011
- 1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2011 betreffend Winterdienst
AN/0069/2011
- 2.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2011 betreffend Abbau des Sanierungsstaus und schnelle Beseitigung der Winterschäden auf Kölner Straßen
AN/0068/2011
- 5.4 215. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
5409/2010
- 5.5 Programm MÜLHEIM 2020, Umgestaltung Buchheimer Straße
Beschluss über die Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011
5146/2010
- 5.6 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens
hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung
5389/2010
- 6.5 Anfrage des RM Zimmermann vom 01.12.2010 betreffend Vorsicht glatt! Rad- und Fußwege vereist - oder durch nasses Laub sehr glatt
0026/2011
- 6.6 Baulicher Radweg an der Magnusstraße
hier: Mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.12.2010, TOP 8.9
0023/2011
- 6.7 Verbot des Linksabbiegens für Lastkraftwagen von der Müllergasse in die Alfred-Schütte-Allee in Köln-Poll
hier: Mündliche Anfrage des SB Schiele aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.12.2010, TOP 8.6
0074/2011

- 7.4 Einführung von fußgängerfreundlichen Zonen in Deutz (Az: 02-1600-11/10)
hier: Bericht über den Ortstermin aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 13.09.2010, TOP 1.1
4844/2010
- 7.5 Generalinstandsetzung von Gehwegen in Köln-Neustadt-Nord
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschuss vom 23.09.2010,
TOP 4.4
5209/2010

Ein **Änderungsantrag** der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen liege zu TOP

- 5.1. Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen
4570/2010

vor.

Der Ausschuss ist mit diesen Zusetzungen incl. der Aufnahme des Dringlichkeitsantrages einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.01.2011 betreffend Probleme in der Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung Köln und der Deutschen Bahn
AN/0023/2011
- 1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2011 betreffend Winterdienst
AN/0069/2011

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2011 betreffend Abbau des Sanierungsstaus und schnelle Beseitigung der Winterschäden auf Kölner Straßen
AN/0068/2011

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Beschlussverfahren bei Maßnahmen der Bauunterhaltung aus Programmen 3428/2010
- 4.2 Verwendung der Stellplatzablösemittel
hier: Tiefgarage Kartäuserwall 7 - 17
3641/2010
- 4.3 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: Straßenbrücke Waltherstraße / Paffrather Straße
5348/2010
- 4.4 Neugestaltung der Frankfurter Straße in Köln-Mülheim zur Flaniermeile im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020
5246/2010

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1. Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen
4570/2010

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.01.2011
AN/0089/2011
- 5.2 1. Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik für das Jahr 2011
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte
4890/2010
- 5.3 MÜLHEIM 2020 - Zuständigkeit der Bezirksvertretung Mülheim für Einzelprojekte
5396/2010
- 5.4 215. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
5409/2010

- 5.5 Programm MÜLHEIM 2020, Umgestaltung Buchheimer Straße
Beschluss über die Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011
5146/2010
- 5.6 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens
hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung
5389/2010
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 6.1 Abbau des Schilderwaldes
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 09.11.2010, TOP 1.2
4911/2010
- 6.2 Folgen der Verkehrsprobleme in Köln für die Wirtschaft
hier: Nachfragen des RM dos Santos Herrmann aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 09.11.2010, TOP 7.2
5067/2010
- 6.3 Abbau der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage Sürther Straße in Rodenkirchen
"Einrichtung von drei stationären Anlagen sowie Beschaffung von zwei zusätzlichen Radarwagen zur Geschwindigkeitsüberwachung 3760/2010"
hier: Beantwortung der Sachstandsanfrage des SE Feld aus der 11. Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.11.2010
5114/2010
- 6.4 Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer
hier: Nachfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.09.2010, TOP 1.7
5360/2010
- 6.5 Anfrage des RM Zimmermann vom 01.12.2010 betreffend Vorsicht glatt! Rad- und Fußwege vereist - oder durch nasses Laub sehr glatt
0026/2011
- 6.6 Baulicher Radweg an der Magnusstraße
hier: Mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.12.2010, TOP 8.9
0023/2011
- 6.7 Verbot des Linksabbiegens für Lastkraftwagen von der Müllergasse in die Alfred-Schütte-Allee in Köln-Poll
hier: Mündliche Anfrage des SB Schiele aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.12.2010, TOP 8.6
0074/2011

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Teilnahme an der WWF Earth Hour 2011
5262/2010
- 7.2 Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platz
5402/2010
- 7.3 Ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel bei Schulausflügen
5173/2010
0024/2011
- 7.4 Einführung von fußgängerfreundlichen Zonen in Deutz (Az: 02-1600-11/10)
hier: Bericht über den Ortstermin aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 13.09.2010, TOP 1.1
4844/2010
- 7.5 Generalinstandsetzung von Gehwegen in Köln-Neustadt-Nord
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschuss vom 23.09.2010,
TOP 4.4
5209/2010

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Baustellen in Straßen
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.2 Sachstand Brücke Aachener Weiher
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.3 Mobile Fahrplanauskünfte
Anfrage des SE Hammer
- 8.4 Flächen für Außengastronomie auf Velorouten
Anfrage des SE Vietzke
- 8.5 Sachstand Shared spaces in der Ehrenstraße
Anfrage des RM Tull
- 8.6 P+R-Anlage Weiden-West - Windschutz
Anfrage des RM Noack
- 8.7 Kosten für die Verlängerung der Linie 5
Anfrage des RM Noack
- 8.8 Verkehrssicherungspflicht im Bereich Leuchterstraße/Zeisbuschweg
Anfrage des SE Czernik
- 8.9 Bahnübergang Wupperstraße in Höhenhaus
Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.10 Tarifverstöße von Schülern
Anfrage des SE Joisten
- 8.11 Verkehrssituation in Köln-Poll
Anfrage des SB Schiele
- 8.12 Ampelschaltung auf der Bonner Straße
Anfrage des SB Schiele
- 8.13 Parksituation am Krankenhaus Merheim
Anfrage des SE Krämer
- 8.14 Baulicher Zustand der Ittisstraße zwischen Nußbauer Straße und Frohn-
hofstraße
Anfrage des SE Preckels

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 12.1 Prüfbericht über die Organisation und Durchführung des Aufgrabungskontrollmanagements bei 66- Amt für Straßen und Verkehrstechnik
3909/2010
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 15.1 Ergebnis durchgeführter Vergabeverfahren seit Anhebung der Vergabegrenzen im Jahr 2009
5211/2010
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.01.2011 betreffend Probleme in der Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung Köln und der Deutschen Bahn AN/0023/2011

BG Streitberger sagt eine schriftliche Beantwortung zu, nimmt zu folgenden Punkten jedoch bereits kurz mündlich Stellung:

Aufgang zum Gleis 1 am Südbahnhof:

Für die Deutsche Bahn sei dies keine prioritäre Maßnahme. Die Verwaltung könne hier selber initiativ werden; hierzu werde jedoch eine Firma benötigt, die entsprechende Erfahrungen mit der Deutschen Bahn habe, beispielsweise die DB-Projektbau. Eine freihändige Vergabe an diese sei bisher jedoch am Veto des Zentralen Vergabebeamten gescheitert.

Rolltreppe Chorweiler-Nord

Hier habe es offensichtlich Planungsfehler gegeben, so dass seitens des TÜV und der DB keine Freigabe erfolgte. Das zuständige Amt für Stadtentwicklung und Statistik habe jedoch nach Gesprächen mit der DB AG zwischenzeitlich eine technische Lösung gefunden, um den Missstand zu beseitigen. Die endgültige Freigabe könne sich jedoch noch einige Wochen hinziehen.

Weitere Maßnahmen

Weitere anstehende Großprojekte seien beispielsweise die Aufzugsanlagen im Deutzer Bahnhof, die Sanierung der Südbrücke und die Erneuerung von DB-Brücken in der Deutz-Mülheimer Straße.

Grundsätzlich könne er berichten, dass die Verwaltung mit unterschiedlichen Gesellschaften der DB zusammenarbeite. Aus seiner Sicht sei dies nicht unproblematisch, da oftmals Kommunikationsschwierigkeiten auftreten. Sehr verlässliche Ansprechpartner hingegen seien der Bahnhofsmanager, Herr Kradepohl, und der Konzernbeauftragte für NRW, Herr Latsch.

RM Tull spricht den Südbahnhof an und moniert nachdrücklich, dass die Mittel für die Maßnahme vorhanden seien, die Verwaltung jedoch die aus ihrer Sicht „relativ kleine Hürde“ im Vergaberecht nicht gelöst bekomme.

BG Streitberger weist darauf hin, dass für die Planung der Maßnahme auch die personellen Kapazitäten unzureichend seien. Insbesondere im Ingenieurbereich bestünden große Rekrutierungsprobleme.

Bezug nehmend auf die anders lautenden Ausführungen in den vergangenen Sitzungen zeigt sich RM Wolter überrascht, dass die Gründe für die Verzögerung nun offenbar eher auf Verwaltungsseite liegen. Er weist erneut darauf hin, dass viele Fahrgäste das Gleisbett queren und appelliert an die Verwaltung, zwecks Gefahrenabwehr die Maßnahme als sehr dringend einzustufen. Zudem handele es sich auch grundsätzlich um eine stadtentwicklungspolitische Thematik; insofern bitte er, die Stellungnahme auch dem Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnis zu geben.

Den Hinweis des BG Streitberger, dass das Queren von Gleisen verboten sei, aufgreifend, merkt RM Möring an, dass dies zwar grundsätzlich richtig sei. Trotzdem müsse mit Nachdruck versucht werden, derartige Gefahrenstellen zu beseitigen bzw. zu entschärfen.

Abschließend fordert auch Ausschussvorsitzender Waddey die Verwaltung auf, hier nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Maßnahme nun endlich umzusetzen.

1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2011 betreffend Winterdienst AN/0069/2011

Herr Höhn, Vertreter der KVB, führt aus, dass die KVB – im Gegensatz zu vielen anderen Städten in NRW - den Stadtbahnbetrieb zu allen Zeiten aufrecht erhalten habe. Gleichwohl sei es auf allen Linien zu erheblichen Verspätungen, auch bedingt durch Falschparker, die zugeschneite Parkplätze nicht anfahren konnten, gekommen. Einige wenige Ausfälle durch Entgleisungen habe es beispielsweise am Barbarossaplatz und in Weidenpesch gegeben. Nach Aussage der Leitstelle sei es jedoch gelungen, 99 % aller Fahrten durchzuführen. Keine Auffälligkeiten seien in Bezug auf Schäden an Stadtbahnfahrzeugen zu verzeichnen gewesen. Mit Ausnahme des 23.12.2010 habe die KVB versucht, auch den Fahrplan des Busbetriebes aufrecht zu erhalten. Hier müsse jedoch bedacht werden, dass sich die Busse den Straßenraum mit dem Individualverkehr teilen. Dieser habe bekannter Maßen erhebliche Probleme gehabt, so dass die Verspätungen im Busverkehr entsprechend groß ausfielen. Am 23.12. habe sich die Wetter- und Verkehrslage so zugespitzt, dass die KVB den Busbetrieb ab 22.00 Uhr – erstmalig in der Kölner Geschichte – einstellen musste und erst am nächsten Tag um 07.00 Uhr wieder aufnehmen konnte.

Die Räumung der Stadtbahnhaltestellen verlief die ersten 14 Tage noch relativ reibungslos und zügig. Die Massivität des Winters im Dezember und die Eisplattenbildung im Straßenraum hätten jedoch anschließend dazu geführt, dass die vorhandenen Kapazitäten nicht mehr ausreichten. Die Planung für den Schichtdienst wurde bereits nach dem letzten Winter überarbeitet. Zudem wurden zusätzliche Schneefräsen angeschafft, die nun auch zum Einsatz kamen. Trotzdem hätten diese Maßnahmen nicht ausgereicht, um eine ordnungsgemäße zeitnahe Räumung sicherzustellen, so dass die Infrastrukturabteilung der KVB den Schichtdienst erneut überarbeiten und anpassen werde.

Die Räumung der Verknüpfungshaltestellen wie auch die Stadtbahnhaltestellen erfolge durch die KVB, die „normalen“ Bushaltestellen müssen gemäß Satzung der Stadt Köln in der Regel durch die Anwohner gereinigt werden. Er wisse, dass diese Regelung in der Kritik stehe; die Problematik werde jedoch sicherlich bei den nun anstehenden „Kritikgesprächen“ unter Beteiligung aller zuständigen Stellen aufgegriffen. Nachdem sich abzeichnete, dass eine Räumung der Haltestellen mit eigenen Kräften

nicht mehr möglich war, habe die KVB die Unterstützung von Baufirmen gesucht. Nach derzeitigem Stand seien hierbei für die letzten 2 Dezember-Wochen Kosten i.H.v. mindestens 150.000 € angefallen.

Die von ihm bereits angesprochenen Kritikgespräche, an denen neben der KVB auch die AWB sowie Vertreter der Stadtverwaltung teilnehmen werden, seien für Februar anberaumt und er gehe davon aus, dass hierbei das Gesamtkonzept für die Stadt Köln großflächig überarbeitet werde.

RM dos Santos Herrmann weist darauf hin, dass bereits am kommenden Wochenende erneuter Schneefall erwartet werde und sie daher wissen möchte, ob die KVB neben den angesprochenen längerfristigen Maßnahmen auch kurzfristige Maßnahmen vorbereitet habe.

RM Tull räumt ein, dass derart extreme Witterungsverhältnisse zwangsläufig und verständlicher Weise zu Problemen führen. Wenn man jedoch weder mit dem Auto noch mit dem Fahrrad zu seinem Ziel gelangen könne, müsse es nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jedoch zumindest gewährleistet werden, dass der Öffentliche Personennahverkehr den Betrieb aufrechterhalte. Aus ihrer Sicht sei dieses Hauptziel nicht prioritär gesehen worden. Im Kölner Norden oder in Porz beispielsweise seien ganze Stadtteile nicht erreichbar gewesen, was nicht akzeptiert werden könne.

Sie schlage daher vor, die Anfrage und die noch ausstehenden Stellungnahmen zu den anderen Fragen zur weiteren Beratung in die Sitzung des Hauptausschusses am 25.01. zu verweisen.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Höhn merkt RM Kirchmeyer an, dass nach ihren Informationen auch am Abend des 24.12. kein Bus gefahren sei. In diesem Zusammenhang regt sie nachdrücklich an, die Informationspolitik zu forcieren.

RM Möring äußert sein Unverständnis über den erst im Februar anberaumten Termin. Nach den Erfahrungen mit dem frühen und heftigen Wintereinbruch sollten schnellstmöglich Maßnahmen ergriffen werden, um für die weiteren Wochen gewappnet zu sein. Er bitte daher die Terminplanung mit mehr Ehrgeiz zu betreiben.

SE Steiner bittet die Verwaltung um Klärung, wer für die Räumung der Straßen zwischen Immendorf und Rondorf sowie Immendorf und Meschenich zuständig sei. Diese fehlen in der Satzung.

RM van Geffen betont, dass den Mitarbeitern der KVB – trotz aller Probleme – ein großer Dank ausgesprochen werden sollte. Gleichwohl weist er darauf hin, dass einige Haltestellen bis Jahresende und darüber hinaus in einem sehr vereisten Zustand gewesen seien. Als Beispiel benennt er die Bushaltestellen Ollenhauerring und Ebertplatz (Linie 140 und 127).

BG Streitberger merkt an, dass auch die Herren Vater und Foerges von den Abfallwirtschaftsbetrieben für Fragen zur Verfügung stünden.

Vorsitzender Waddey schlägt vor, weiterreichende Diskussionen im Hauptausschuss zu führen, bittet jedoch Herr Höhn noch, zu den hier aufgeworfenen Fragen und Hinweisen kurz Stellung zu nehmen.

Dieser legt dar, dass die KVB zwischenzeitlich erneut 100 t Salz – ausreichend für eine weitere Winterperiode - gelagert habe. Auch die personellen Kapazitäten seien nun im neuen Jahr, da keine Feiertage mehr anstünden, unproblematisch und als entspannt zu betrachten. Die von Frau Kirchmeyer aufgeworfene Frage nach dem Bus-

betrieb am 24.12. beantwortet Herr Höhn dahingehend, dass der Busverkehr an Heiligabend grundsätzlich sukzessive eingestellt werde. Dieser Umstand werde jedoch seit Jahren publik gemacht. Gleichwohl sehe auch die KVB weiteres Verbesserungspotential in der Informationspolitik. Problematisch seien allerdings die Bushaltestellen, an denen keine mobilen Datenübertragungstafeln vorhanden seien. Derzeit werde geprüft, in wie weit die Methoden, die in der Stadt Düsseldorf angewandt werden, auf Köln übertragen und zudem, ob ggf. über Radio Köln Informationen großflächig bekannt gegeben werden können.

Herr Höhn berichtet weiterhin, dass es bei dem im Februar stattfindenden Termin um Grundsatzfragen wie Personalaufstockung und Aufrüstung des Fahrzeugparks gehe, also um langfristige Maßnahmen, die für diesen Winter auch bei einem früheren Gesprächstermin nicht mehr greifen würden.

An die Vertreter der AWB gerichtet weist RM Kirchmeyer darauf hin, dass vielen Bürgern nicht bekannt sei, dass sie in Anliegerstraßen wohnen und somit für die Räumung der Fußwege und auch der Straßen selbst verantwortlich sind. Sie könne sich beispielsweise vorstellen, dass entsprechende Hinweise im Müllkalender veröffentlicht werden.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, den jährlichen Steuer- und Abgabenbescheid um entsprechende Informationen zu ergänzen. Abschließend greift er den Vorschlag des RM Tull auf, die weitergehenden Diskussionen im Hauptausschuss am 25.01.2011 zu führen und schließt den Tagesordnungspunkt.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2011 betreffend Abbau des Sanierungsstaus und schnelle Beseitigung der Winterschäden auf Kölner Straßen AN/0068/2011

RM Möring nimmt seitens der CDU-Fraktion Stellung zum vorliegenden Antrag. Ziffer 1 des Antrages beschäftige sich mit dem immer wieder kehrenden Problem, dass etatisierte Mittel nicht ausgegeben werden können. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die kürzlich stattgefundene, breite Diskussion und betont, dass jeder, der sich mit der Thematik auseinandersetze, auch wisse, welche Gründe dies habe. Beispielsweise benennt er hier Gründe, die die Politik selber gesetzt habe, die im rechtlichen Bereich oder auch Gründe, die im Zuwendungsbereich liegen. Im Rahmen des Konjunkturpaketes seien einige Beschleunigungsmaßnahmen beschlossen worden; insofern müsse aus seiner Sicht die Frage diskutiert werden, ob auch bei „normalen“ Vergaben außerhalb des Konjunkturpaketes diese Richtung weiter eingeschlagen werden könne. Es reiche nicht aus, hier nun im Nachhinein Begründungen zu liefern, warum die Mittel nicht vollständig ausgegeben wurden; vielmehr müssen Vorschläge unterbreitet werden, wie das Problem gelöst werden könne. Hierbei müsse auch überlegt werden, wie mit den Vorgaben der Kämmerei – z.B. Ausgabensperre – umgegangen werden könne.

Die Mittel für die Straßenunterhaltung seien hingegen bekannter Maßen verausgabt worden. Es habe jedoch immer wieder Hinweise darauf gegeben, dass das Personal auch für die Umsetzung der Maßnahmen nicht ausreiche. Ziffer 2 beinhalte daher die Fragestellung, ob der Personaleinsatz so gestaltet werden könne, dass für den Be-

reich der Bauunterhaltung mehr Fremdpersonal zum Einsatz kommen könnte, um dadurch mehr Eigenkapazitäten für Planung, Durchführung, etc. zu schaffen.

Für die SPD-Fraktion macht RM dos Santos Herrmann deutlich, dass diese dem Antrag in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen könne, da er nicht weitreichend genug sei. Gleichwohl teile sie die Auffassung der CDU-Fraktion, dass eine schnellstmögliche Auseinandersetzung mit der Problematik geboten sei. Ihre Fraktion arbeite derzeit noch an einem Ersetzungs- bzw. Änderungsantrag. Sie schlage daher vor, zunächst eine Stellungnahme der Verwaltung zum vorliegenden Antrag abzuwarten und diese Grundsatzangelegenheit anschließend in der kommenden Ratssitzung am 01.02. ausführlich zu erörtern. Sie bitte die Verwaltung eindringlich, die Stellungnahme möglichst frühzeitig vor der Sitzung vorzulegen.

RM Möring erklärt sich mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden. Er begrüße es, wenn die Verwaltung bereits Hinweise geben würde, die in einem etwaigen gemeinsamen Beschluss aufgegriffen werden könnten.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist den Antrag, der da lautet

„Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Optimierungsvorschläge für eine Beschleunigung der Vergabeverfahren vorzulegen und dabei auch die bestehenden internen Regelungen wie Vergabe- und Bedarfsfeststellungsrichtlinien unter den Aspekten der Vereinfachung einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

2. auf der Basis eines "Make or Buy" Vergleiches die Personalstärke im Fachamt an den Bedarf anzupassen mit dem Ziel, dass die verfügbaren Finanzmittel für die Straßenunterhaltung auch im jeweiligen Haushaltsjahr umgesetzt werden können.“,

zur weiteren Beratung in die Ratssitzung am 01.02.2011 und bittet die Verwaltung, möglichst frühzeitig vor dieser Sitzung eine Stellungnahme zum Antrag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.1 Beschlussverfahren bei Maßnahmen der Bauunterhaltung aus Programmen
3428/2010**

RM Tull teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Vorschlag aus dem ersten Beratungsgang im hiesigen Ausschuss aufrecht erhalte. Eine Änderung auf 10 %, wie von einigen Bezirksvertretungen gefordert, erscheine ihr nicht mehr sachgerecht.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss bzw. die Bezirksvertretung verzichtet nach den Bedarfsfeststellungsbeschlüssen über die Umsetzung von konsumtiven Bau- und Unterhaltungsprogrammen (Straßen-/Radweginstandsetzungen) grundsätzlich auf erneute Vorlage der Einzelmaßnahmen, wenn der später erstellte konkrete Kostenanschlag die dem Programmabschluss zugrunde liegende Kostenschätzung um nicht mehr als 20 % überschreitet bzw. inhaltlich nicht von der im Beschluss vorgelegten Fassung abweicht.

Der Ausschuss bzw. die Bezirksvertretung verzichtet grundsätzlich für die einzelnen Maßnahmen aus den Programmen darauf, sich die Entscheidung über die nachfolgende Vergabe vorzubehalten.

Der Verzicht auf erneute Vorlage greift nur, wenn die Beschlussfassung nicht länger als zwei Jahre zurückliegt und die Einzelmaßnahme inhaltlich nicht von der beschlossenen Fassung abweicht.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Verwendung der Stellplatzablösemittel hier: Tiefgarage Kartäuserwall 7 - 17 3641/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, die aus Stellplatzablösemitteln geförderten Kurzzeitparkplätze in der Tiefgarage Kartäuserwall 7-17 in Dauerparkplätze und 10 Car Sharing-Plätze umzuwandeln.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor einen entsprechenden Zusatzvertrag zum Zuschussvertrag vom 23.05./30.05.1997 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.3 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV hier: Straßenbrücke Waltherstraße / Paffrather Straße 5348/2010

SE Vietzke merkt an, dass der Gehweg nach seiner Erinnerung nicht die Mindestbreite von 1,50 m aufweise und bittet um Mitteilung, ob diese Maßnahme – ohne größere zusätzliche Kosten – mit umgesetzt werden könne.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahn, und BG Streitberger sagen nach kurzer Diskussion zu, dies zu prüfen und dem Ausschuss eine entsprechende Information zukommen zu lassen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Instandsetzung der Straßenbrücke Waltherstraße / Paffrather Straße bei Gesamtkosten in Höhe von rd. 318.000,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im städtischen Doppelhaushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Neugestaltung der Frankfurter Straße in Köln-Mülheim zur Flaniermeile im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020 5246/2010

RM dos Santos Herrmann teilt im Namen der SPD-Fraktion mit, dass diese grundsätzlich mit der vorliegenden Planung einverstanden sei. Sie bitte jedoch um Mitteilung, ob die Anlage von Fahrradstreifen mit dem hohen Verkehr, insbesondere den vielen Bussen, auf dieser Straße vereinbar sei und der Verkehr ohne Behinderungen fließen könne.

Für die CDU-Fraktion merkt RM Möring an, dass deren Überlegungen ähnlich seien. Er bezweifle, dass die Breite des vorhandenen Straßenraumes ausreichend sei und schlägt vor, zunächst die Beratungen in den nachfolgenden Gremien, insbesondere der Bezirksvertretung vor Ort, abzuwarten.

SE Vietzke schätzt die Umplanung der Frankfurter Straße als sehr gelungen ein. Aus seiner Sicht fehlen jedoch für die Radfahrer Aufstellflächen in den Kreuzungsbereichen. Hier müsse in der weiteren Planung nachgebessert werden. Unverständlich sei ihm, warum die Einmündung im Bereich der Montanusstraße nicht in die Planung mit einbezogen wurde. Dieser Bereich biete die gute Möglichkeit, einen kleinen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität und ggf. Außengastronomie zu schaffen. Weiterhin spricht er den Elisabeth-Breuer-Platz an, der nach den vorliegenden Planungen zur Fußgängerzone werde. Der Bereich der Frankfurter Straße sei hier aufgepflastert und er möchte wissen, ob die Fahrbahn dementsprechend auf das Platzniveau angehoben und durch ein einheitliches Pflaster gekennzeichnet werde.

RM Kirchmeyer berichtet, dass die Planungen bereits gestern in der Sitzung des Veedelsbeirates ausführlich vorgestellt wurden. Außer Frage stehe, dass die Umplanung der Frankfurter Straße eine Aufwertung für Mülheim bedeute. Sie bitte jedoch zu Bedenken, dass die Frankfurter Straße seit über 30 Jahren Start- und Zielpunkt eines internationalen Straßenradrennens sei und die Planung der Verkehrsinsel an der Ecke Elisabeth-Breuer-Straße, im Haltebereich des Busses, dieser Veranstaltung nun entgegenstehe.

Auch SE Krämer äußert seine grundsätzliche Zustimmung zur Umplanung. Zweifel hege jedoch auch er an dem reibungslosen, sicheren Nebeneinander von Fahrrad- und Busverkehr. Aus seiner Sicht sollte zudem auch der Abschnitt zwischen Montanusstraße und der Heidelberger Straße in die Umgestaltung einbezogen werden; dies sei ein Wunsch der Buchheimer Bürger. Interessieren würde ihn auch, ob auf der Frankfurter Straße künftig ein Tempolimit von 30 km/h gelten werde.

RM Möring fragt, welche Vorgaben der Planer für diese Umgestaltung erhalten habe. Dies sei den Unterlagen nicht zu entnehmen. Er habe die Bitte, diese Information für die weitere Beratungsfolge nachzureichen.

RM Tull betont, dass sie die Gefahr von Fahrrad- und Busverkehr nicht sehe; auf der Bonner Straße gestalte sich dies relativ unproblematisch. Den Bedenken ihrer Vorredner zur geplanten Verkehrsinsel könne sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

anschließen; alternativ könne vor der Bushaltestelle ein Zebrastreifen angelegt werden.

Zu den aufgeworfenen Fragen und Hinweisen führt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, im Wesentlichen aus, dass es sich im Grunde genommen um eine dreispurige Fahrbahn handele, wobei eine Fahrspur – wie auch heute - durchgehend sei. Die Verkehrsmenge belaufe sich auf ca. 16.000 Fahrzeuge pro Tag; dies sei eine Größenordnung vergleichbar mit der auf der Bonner Straße, Venloer Straße und Neusser Straße. Die 3. Fahrspur in der Mitte könne sowohl für Linksabbieger als auch für andere Zwecke, beispielsweise für den Einbau von Mittelinseln und zur Verbesserung des Radverkehrsangebots in Form von Schutzstreifen, genutzt werden. Wer die Frankfurter Straße kenne, wisse, dass tagsüber nicht mehr als 30 km/h gefahren werden könne; insofern würde sich eine entsprechende Anordnung anbieten, die Verwaltung habe sich allerdings noch nicht festgelegt. Eine Besonderheit der Frankfurter Straße sei in der Tat der enorme Busverkehr: Vier Buslinien und stündlich 28 Busse. Die Verwaltung gehe jedoch nach den Beobachtungen der vergleichbaren Geschäftsstraßen davon aus, dass die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer und ein reibungsloser Verkehrsfluss gewährleistet seien. Eigentliches Ziel der Planung war neben den funktionalen Gesichtspunkten eine gestalterische Aufwertung der Straße. Vorgesehen sei, im Parkstreifen Bäume zu pflanzen; hier müssen jedoch die vorhandenen Leitungen noch abschließend geprüft werden.

Der angesprochene Bahnhofsvorplatz sei Gegenstand einer anderen Planung; hier sei bereits eine Abstimmung mit dem zuständigen Stadtplanungsamt erfolgt.

Ergänzend zu diesen Erläuterungen betont BG Streitberger, dass man erst am Anfang des Prozesses stehe und die Bürgerbeteiligung noch abzuwarten bleibe. In dieser werde die Verwaltung auch über etwaige KAG-Beiträge informieren.

Abschließend schlägt Ausschussvorsitzender Waddey, die Vorlage zunächst in die weiteren Gremien zu verweisen. Er erwarte auch in diesen eine rege Diskussion.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die Bezirksvertretung Mülheim und den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen

4570/2010

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.01.2011
AN/0089/2011**

RM dos Santos Herrmann weist seitens der SPD-Fraktion darauf hin, dass die Bezirksvertretung Kalk seit langem die Haltestelle Vingst in der Prioritätenliste vorziehen möchte und der eingereichte Änderungsantrag diesem - aus örtlicher Sicht verständlichen - Wunsch entgegenkomme. Bei Vingst handele es sich um einen Stadtteil, der bis heute per Bahn nicht barrierefrei erreichbar sei. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und auch der Arbeitskreis Barrierefreiheit teilen diese Einschätzung zwar, möchten jedoch auf Grund der starken Frequentierung und der Attraktivität der Haltestelle Kalk-Post die in Rede stehende Maßnahme nun nicht in Gänze zurückstellen. Im Hinblick auf den Antragstext betont sie, dass es wichtig sei, nunmehr eine zeitliche Perspektive für die genannten Haltestellen festzulegen und bei einem etwaigen Tauschbeschluss keine Maßnahmen zu stoppen, die bereits begonnen wurden.

Bezug nehmend auf die Platzfläche und die angrenzende Umgebung – Fahrradstreifen und Schrägparken - merkt sie an, dass sie in der Vorlage weiterreichende Ausführungen zur künftigen Gestaltung vermisste. Die Bezirksvertretung habe hierzu bereits mehrere Beschlüsse gefasst. Stadtplanung und Verkehr müssen im Zusammenhang betrachtet werden; insofern sei sie von den knappen Erläuterungen in der Vorlage etwas enttäuscht.

Für die CDU-Fraktion erinnert RM Manderla daran, dass die Diskussion über eine barrierefreie Haltestelle Vingst bereits 1999 begonnen wurde. Es sei wichtig, dass die Planungen nunmehr schnell voran getrieben werden. Dem Änderungsantrag könne sich ihre Fraktion grundsätzlich anschließen; es sollte jedoch zunächst die Beratung in der Bezirksvertretung abgewartet werden.

Auch RM Tull bedauert es, dass die vorgelegte Planung die bereits gefassten Beschlüsse zur Oberflächengestaltung nicht aufgreife. Sie bitte die Verwaltung eindringlich, diese künftig zu berücksichtigen.

BG Streitberger räumt ein, dass die Platzfläche nicht Bestandteil der Vorlage sei. Nach seiner Auffassung sei dies jedoch ein gut funktionierender Platz und zudem sollten Projekte nicht endlos erweitert werden; vielmehr müssen zur zügigen Realisierung Grenzen gezogen werden. Die Anlage von Fahrradstreifen sei bei der vorliegenden Planung durchaus berücksichtigt, jedoch nicht ausreichend erwähnt worden. Hinsichtlich der Einrichtung von weiteren Plätzen für das Schrägparken habe er die Information, dass sich die Beschlüsse der BV Kalk lediglich auf den Abschnitt hinter der Rolschovener Straße bis Kalk-Kapelle beziehen und nicht auf den Bereich der Haltestelle.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bestätigt diese Ausführungen und weist daraufhin, dass die Vorlage den Bau von Aufzügen beinhalte und nicht die Gestaltung der Kalker Hauptstraße. Inhaltlich seien die Vorlage und auch die Maßnahmen jedoch zwischen den Ämtern abgestimmt. Er sagt zu, etwaige Unstimmigkeiten mit der Bezirksvertretung abzuklären.

SE Fahlenbock teilt mit, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft dazu tendiere, die Maßnahme Haltestelle Vingst mit der an der Haltestelle Lohsestraße zu tauschen. Die Letztgenannte habe zwar höhere Fahrgastzahlen, liege jedoch recht nah an der Haltestelle Florastraße, so dass ein Umbau der Haltestelle Vingst als dringlicher angesehen werde.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, und Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau berichten, dass die Prioritätenliste derzeit mit allen Beteiligten überarbeitet und in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werde. Gegen einen etwaigen Beschluss entsprechend dem Änderungsantrag habe die Verwaltung keine Bedenken: Die abgestimmte Vorentwurfsplanung für die Haltestelle Kalk-Post liege vor und die Planung für die Haltestelle Vingst werde als relativ problemlos eingeschätzt. Schwierig

und langwierig werde jedoch sicherlich die Planung für die Haltestelle Friesenplatz, da diese Maßnahme sehr gravierende Auswirkungen auf die Oberfläche haben werde. Zur nächsten Sitzung werde die Verwaltung eine Tendenzaussage machen, wie der zeitliche Rahmen für die Maßnahmen aussehen könnte.

Ausschussvorsitzender Waddey schließt die Diskussion und stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 5.2 **1. Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik für das Jahr 2011**
 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte 4890/2010

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zur Beschaffung der Fahrzeuge und Geräte für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik in Höhe von insgesamt 576.913,00 € für das Jahr 2011 an.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 500.000,00 € bei Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 5.3 **MÜLHEIM 2020 - Zuständigkeit der Bezirksvertretung Mülheim für Einzelprojekte**
 5396/2010

RM Möring merkt für die CDU-Fraktion an, dass diese trotz des positiven Grundsatzbeschlusses zu Mülheim 2020 nicht auf eine Beteiligung der Fachausschüsse verzichten möchte und somit für den alternativen Beschlussvorschlag plädiere.

Vorsitzender Waddey lässt dementsprechend abstimmen.

1. Beschluss (Alternative):

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den Sachstand zum Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die noch erforderlichen Entscheidungen zu

Einzelprojekten des Programms den fachlich betroffenen Ausschüssen bzw. dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

2. Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den Sachstand zum Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die noch erforderlichen Entscheidungen zu Einzelprojekten des Programms entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Rates vom 05.05.2009 (Vorlage-Nr. 3493/2008) der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren. Dies gilt nicht für investive Projekte.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

5.4 215. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 5409/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 215. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.5 Programm MÜLHEIM 2020, Umgestaltung Buchheimer Straße Beschluss über die Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011 5146/2010

Seitens der CDU-Fraktion moniert RM Möring, dass die Vorlage sehr spät eingebracht wurde. Da somit keine fraktionsinterne Beratung möglich war, werde sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt für die Vergabe der Planung die Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung in Höhe von 35.201,99 EUR im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9-5590, (Mülheim 2020 – Buchheimer Straße), Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt (bei Nichtanwesenheit der Fraktion pro Köln)

5.6 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung 5389/2010

SE Vietzke wirft die Frage auf, wo die Buskaps der Linien 132/133 zukünftig liegen und welche Umsteigewege den Fahrgästen damit zugemutet werden. Zudem möchte er wissen, warum die Planungen eine Fußgängerampel statt einen -überweg vorsehen und ob die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder ausreichend seien. Ggf. müsse die Situation hier beobachtet und zu gegebener Zeit nachgebessert werden. Unverständlich erscheine ihm die Farbauswahl des Geländers (anthrazit).

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass dies mit dem verantwortlichen Architekten Böttcher, der auch für die oberirdische Stadtbahnhaltestelle zuständig sei, intensiv abgestimmt wurde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass die Busse - bis zur Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn – in südlicher Richtung vor der Kirche und in nördlicher Richtung vor dem Hotel halten werden. Eine andere Möglichkeit sei hier nicht gegeben. Auf die Lichtsignalanlage könne nicht verzichtet werden, da in unmittelbarer Nähe eine Blindenschule sowie eine zentrale Stelle des Blindenverbandes ansässig seien.

SE Fahlenbock spricht die geplante Führung von Sehbehinderten und Blinden entlang des Brückengeländers an. Er halte dies für nicht ungefährlich, da die Verwaltung das Abstellen von Fahrrädern am Geländer nach seiner Einschätzung nicht werde verhindern können. Hier überzeuge die Argumentation in der Vorlage nicht und er plädiere daher für den Einbau von taktilen Leitelementen im Bodenbelag; so wie es auch in der Anhörung der Behindertenverbände deutlich gemacht wurde.

Herr Neweling weist darauf hin, dass es mehrere, auch bilaterale Abstimmungsrunden mit dem Blindenverband gegeben habe. Nach der reinen Lehre der DIN-Normen sei zunächst in der Tat die Pflasterung mit Leitstreifen vorgesehen gewesen. Letztendlich habe man sich jedoch aus gestalterischen Gründen dagegen entschieden. Die Verwaltung habe auch die Frage des Geländers ausgiebig erörtert und sei zu dem Schluss gekommen, dass das Problem mit abgestellten Fahrrädern in den Griff zu bekommen sei. Hierzu werden Verbotsschilder installiert, ggf. mit einem erklärenden Hinweis bzw. einer Begründung, und zudem werde eine entsprechende Überwachung erfolgen.

SE Fahlenbock bedauert nachdrücklich, dass die architektonische Gestaltung der Sicherheit der Blinden vorgehe und im vorliegenden Fall ein Kompromiss eingegangen werde.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Waddey erläutert BG Streitberger, dass alternativ zu einem Geländer mit Füllstäben eine geschlossene Wand, aus jedem denkbaren Mate-

rial wie Holz, Glas oder auch Beton, errichtet werden könne. Diese würde jedoch erfahrungsgemäß schnell durch Graffiti, Plakate, Kaugummis etc. verunstaltet werden. Er halte die vorliegende Planung für einen guten Kompromiss, zumal die Verwaltung einige Aufkantungen einbaue.

An SE Fahlenbock gerichtet weist BG Streitberger darauf hin, dass der Verwaltung immer vermittelt worden sei, dass die taktilen Elemente einen harten Farbkontrast zu dem übrigen Bodenbelag haben müssten.

RM Tull und Ausschussvorsitzender Waddey schlagen vor, die Vorlage zunächst in die weiteren Gremien zu verweisen. Die Frage der Barrierefreiheit könnte und sollte auch im weiteren Verfahren nochmals mit dem Blindenverband geklärt werden. Zudem sollte die Frage der Oberflächengestaltung auch in der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beraten werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die Bezirksvertretung Innenstadt und den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Abbau des Schilderwaldes

**hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 09.11.2010, TOP 1.2
4911/2010**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Folgen der Verkehrsprobleme in Köln für die Wirtschaft

**hier: Nachfragen des RM dos Santos Herrmann aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 09.11.2010, TOP 7.2
5067/2010**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.3 Abbau der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage Sürther Straße in Rodenkirchen

**"Einrichtung von drei stationären Anlagen sowie Beschaffung von zwei zusätzlichen Radarwagen zur Geschwindigkeitsüberwachung 3760/2010"
hier: Beantwortung der Sachstandsanfrage des SE Feld aus der 11. Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.11.2010
5114/2010**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer
hier: Nachfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
07.09.2010, TOP 1.7
5360/2010**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.5 Anfrage des RM Zimmermann vom 01.12.2010 betreffend Vorsicht glatt!
Rad- und Fußwege vereist - oder durch nasses Laub sehr glatt
0026/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.6 Baulicher Radweg an der Magnusstraße
hier: Mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses vom 07.12.2010, TOP 8.9
0023/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.7 Verbot des Linksabbiegens für Lastkraftwagen von der Müllergasse in
die Alfred-Schütte-Allee in Köln-Poll
hier: Mündliche Anfrage des SB Schiele aus der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses vom 07.12.2010, TOP 8.6
0074/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Teilnahme an der WWF Earth Hour 2011
5262/2010**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SB Schiele merkt kritisch an, dass er eine Teilnahme von städtischer Seite her für wenig Ziel führend halte; aus seiner Sicht sei die Initiative vielmehr an Privatleute gerichtet.

**7.2 Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platz
5402/2010**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.3 Ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel bei Schulausflügen
5173/2010
0024/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Vorsitzender Waddey merkt an, dass sich die Problematik erledige, sobald das Schülerticket für die Grundschulen eingeführt werde. Ggf. sollte der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden hierüber informiert werden.

**7.4 Einführung von fußgängerfreundlichen Zonen in Deutz (Az: 02-1600-11/10)
hier: Bericht über den Ortstermin aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 13.09.2010, TOP 1.1
4844/2010**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.5 Generalinstandsetzung von Gehwegen in Köln-Neustadt-Nord
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschuss vom 23.09.2010, TOP 4.4
5209/2010**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SE Vietzke weist darauf hin, dass der Bedarf an Fahrradabstellanlagen über die drei von der Verwaltung vorgesehenen Haarnadeln deutlich hinausgehe, insbesondere im Bereich der Zuwegung zum Stadtgarten/Kreuzungsbereich Venloer Straße. Die im Einmündungsbereich geplante Parkfläche könnte aus seiner Sicht auch weiter nördlich angelegt werden. Bedauerlich sei zudem, dass die Einmündung Gilbachstraße mit dem abgepollerten freilaufenden Rechtsabbieger nicht in die vorliegende Planung mit einbezogen wurde. Dieser Bereich bedürfe aus seiner Sicht dringend einer Aufwertung. Kritisch sehe er auch, dass von der Herbertstraße aus eine gradlinige Querung der Spichernstraße nicht möglich sei, da die einzige Lücke im dortigen Parkstreifen zu weit in Richtung Gilbachstraße angelegt sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass der Bereich um die Gilbachstraße bewusst von den Planungen ausgenommen wurden, da deren Umgestaltung Gegenstand des Projekts „Alternative Betriebsformen“ sei. Die anderen Anregungen und Hinweise werde die Verwaltung erneut überprüfen.

8 Mündliche Anfragen

**8.1 Baustellen in Straßen
Anfrage des RM Kirchmeyer**

RM Kirchmeyer teilt mit, dass ihr ein Beschwerdebrief eines Bürgers vorliege. Sie bitte Herrn Harzendorf, dem dort geschilderten Sachverhalt nachzugehen und dem Beschwerdeführer eine Nachricht zukommen zu lassen.

8.2 Sachstand Brücke Aachener Weiher Anfrage des RM Kirchmeyer

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass der Baubeginn witterungsbedingt verschoben werden musste. Derzeit sei vorgesehen, im Januar mit den Arbeiten zu beginnen; die Fertigstellung sei für April/Mai geplant.

8.3 Mobile Fahrplanauskünfte Anfrage des SE Hammer

SE Hammer merkt an, dass es insbesondere bei schlechter Wetterlage hilfreich wäre, wenn über die Homepage der DB auch aktuelle Fahrplanauskünfte der KVB abrufbar wären. Er bitte um Mitteilung, wie weit die Überlegungen hier gediehen seien.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, berichtet, dass ein solches System derzeit sukzessive aufgebaut werde. Auf der Internetseite der KVB seien diverse Daten bereits abrufbar.

8.4 Flächen für Außengastronomie auf Velorouten Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke bittet um Mitteilung, ob bei der Festlegung von Außengastronomieflächen in Fußgängerzonen der Fahrradbeauftragte involviert werde. Im letzten Sommer habe er feststellen müssen, dass beispielsweise am Eigelstein, am Friesenplatz und am Apostelnkloster die Verkehrsflächen für Fußgänger und Radfahrer auf weniger als 3 m eingeeengt wurden.

BG Streitberger verneint die Frage, sagt jedoch zu, die Hinweise an das zuständige Amt für öffentliche Ordnung weiterzugeben.

8.5 Sachstand Shared spaces in der Ehrenstraße Anfrage des RM Tull

RM Tull erinnert an die Umsetzung des beschlossenen Antrages. Sie vermisse bis heute eine Vorlage, die die Thematik weiter behandle und die Fortschritte dokumentiere. Zudem rege sie nach Rücksprache mit der Bezirksvertretung an, auch die Apostelnstraße mit einzubeziehen.

BG Streitberger informiert, dass die Verwaltung durchaus nicht untätig sei; die Planungen seien intensiv unter Einbeziehung der Bezirksvertretung und den ansässigen Interessengemeinschaften betrieben worden. Er räumt ein, dass die Fahrbahn in der Apostelnstraße überdimensioniert und eine Umgestaltung auch aus seiner Sicht wünschenswert sei; spontan sehe er die Wegnahme des Straßenrandparkens jedoch eher kritisch. Eine weitergehende Diskussion sollte im Rahmen der entsprechenden Vorlagen erfolgen.

8.6 P+R-Anlage Weiden-West - Windschutz Anfrage des RM Noack

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass der Windschutz von der Deutschen Bahn bestellt wurde.

**8.7 Kosten für die Verlängerung der Linie 5
Anfrage des RM Noack**

Herr Höhn, Vertreter der KVB, berichtet auf Nachfrage des RM Noack, dass der gesetzte Kostenrahmen im Wesentlichen eingehalten wurde.

**8.8 Verkehrssicherungspflicht im Bereich Leuchterstraße/Zeisbuschweg
Anfrage des SE Czernik**

SE Czernik erinnert an seinen Hinweis an die Verwaltung, dass ein Grundstück im genannten Bereich derart üppig bepflanzt sei, so dass es - nach seinen Informationen - bereits zu einem Unfall gekommen sei. Er bitte die Verwaltung nun nachdrücklich, der Sache nachzugehen und ihm zeitnah eine entsprechende Rückmeldung zu geben.

**8.9 Bahnübergang Wupperstraße in Höhenhaus
Anfrage des RM dos Santos Herrmann**

RM dos Santos Herrmann bittet um Mitteilung, ob und wann der Übergang sicherer gestaltet werde.

**8.10 Tarifverstöße von Schülern
Anfrage des SE Joisten**

SE Joisten berichtet, dass die Schülertickets/-ausweise insbesondere am 1. oder 2. Tag nach Schuljahreswechsel noch nicht die erforderlichen Stempel ausweisen und er um Mitteilung bitte, wie der VRS bzw. die DB mit diesem Umstand umgehe. Die Zahlung eines Bußgeldes i.H.v. 40 € sei aus seiner Sicht nicht akzeptabel und überzogen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, und Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, teilen mit, dass die KVB-Mitarbeiter angewiesen sind, in derartigen Fällen große Sensibilität zu zeigen. Zudem können sich Schüler bzw. die Eltern an die Schlichtungsstelle Nahverkehr wenden.

**8.11 Verkehrssituation in Köln-Poll
Anfrage des SB Schiele**

SB Schiele berichtet, dass ihn viele Bürgerbeschwerden aus Poll erreichen und er um Mitteilung bitte, ob die Verwaltung bereits eine Verkehrsuntersuchung durchgeführt habe oder in Erwägung ziehe.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass die Situation in Poll bereits mehrmals im hiesigen Ausschuss diskutiert wurde. Ziel sei es, den Lkw-Verkehr aus Poll herauszuhalten. Hierzu habe die Verwaltung auch bereits eine entsprechende Beschilderung vorgenommen. Die Frage nach einem Verkehrsgutachten könne er adhoc nicht beantworten, dies werde er nachreichen.

**8.12 Ampelschaltung auf der Bonner Straße
Anfrage des SB Schiele**

SB Schiele nimmt Bezug auf seine Anfrage in der vergangenen Sitzung und bittet um Mitteilung, ob es bereits Beschwerden über die Verzögerungen seitens der Busfahrer der Linien 132 und 133 gebe.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass die Verwaltung die Ampelschaltung zwischenzeitlich untersucht und kürzlich auch eine Optimierung vorgenommen habe. Er gehe davon aus, dass der Verkehr nun – trotz des Baus der Nord-Süd Stadtbahn - reibungsloser als zuvor fließe.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, fügt ergänzend hinzu, dass es seitens der Belegschaft auch entsprechende Hinweise gegeben habe. Die KVB stehe hier in enger Kommunikation mit der Stadtverwaltung.

**8.13 Parksituation am Krankenhaus Merheim
Anfrage des SE Krämer**

SE Krämer berichtet, dass am Krankenhaus Merheim ein gebührenpflichtiges Parkhaus errichtet wurde. In den umgebenden Straßen, vermutlich Privatstraßen, wurden zeitgleich Parkverbotsschilder aufgestellt und Kontrollen durch das Ordnungsamt durchgeführt. Er bitte die Verwaltung, dem nachzugehen und zu berichten.

**8.14 Baulicher Zustand der Iltisstraße zwischen Nußbauer Straße und Frohn-
hofstraße
Anfrage des SE Preckels**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt auf Nachfrage des SE Preckel mit, dass die Arbeiten noch mehrere Wochen andauern werden.